epicenter.works – Plattform Grundrechtspolitik,
Linke Wienzeile 12/19, 1060 Wien

Wien, 8. Juli 2025

Betreff: Offener Brief gegen den Bundestrojaner

Sehr geehrte(r) Nationalratsabgeordnete(r),

wir, die unterzeichnenden 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 16 Ländern, richten uns mit großer Sorge an Sie bezüglich des geplanten Gesetzesentwurfs zur Legalisierung des Bundestrojaners in Österreich. Wir appellieren dringend an Sie, gegen dieses gefährliche Instrument staatlicher Überwachung und gegen einen historischen Rückschritt für die allgemeine Sicherheit in der Informationsgesellschaft zu stimmen.

Ein derartig eingriffsintensives Überwachungswerkzeug erfordert unabhängige und effektive Kontrolle. Diese Voraussetzung erfüllt der vorliegende Entwurf nicht. Stattdessen ist vorgesehen, dass die Kontrolle durch den Rechtsschutzbeauftragten erfolgen soll, der organisatorisch dem Innenministerium zugeordnet ist – also genau jener Behörde, die den Einsatz des Bundestrojaners verantwortet. Auch die vorgeschriebene Vertrauenswürdigkeitsprüfung der Kontrollinstanzen erfolgt durch den Nachrichtendienst selbst. Damit entscheidet letztlich genau jene Behörde, die kontrolliert werden soll, wer überhaupt als Kontrollinstanz in Frage kommt. Dies ermöglicht es, unliebsame oder unabhängige Personen von vornherein auszuschließen und untergräbt damit jegliche tatsächliche Unabhängigkeit, die auch der Verfassungsgerichtshof ausdrücklich fordert.

Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass der vorliegende Entwurf auf einer rechtlichen Fiktion basiert. Es existiert keine Software, die lediglich Messenger-Dienste überwacht, ohne gleichzeitig vollständigen Zugriff auf das komplette Smartphone zu haben und damit die Sicherheit des gesamten Geräts zu zerstören. Der Staat würde durch dieses Gesetz selbst zum Hacker werden, aktiv Sicherheitslücken fördern und offen halten, anstatt sie zum Schutz der Bevölkerung zu schließen. Eine solche Massengefährdung durch bewusst offen gehaltene Sicherheitslücken hat in anderen Ländern schon dazu geführt, dass Krankenhäuser, Züge und Mobilfunknetze lahmgelegt wurden[1].

Darüber hinaus werden besonders Journalist:innen, Wissenschaftler:innen, Aktivist:innen und oppositionelle Kräfte[2] regelmäßig Zielscheibe solch umfassender Überwachungstechnologien. Dem vorliegenden Entwurf fehlt jedoch die notwendige Absicherung, um diese Missbrauchsgefahr auszuschließen.

Dass diese Missbrauchsgefahr real ist, zeigen zahlreiche internationale Beispiele: In Spanien überwachte der Geheimdienst mithilfe der Spionagesoftware „Pegasus“ die Mobiltelefone von katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter:innen, Journalist:innen, Aktivist:innen[3] und sogar Regierungsmitgliedern[4]. In Griechenland wurden im sogenannten „Predatorgate“-Skandal

1 https://de.wikipedia.org/wiki/WannaCry
2 https://www.theguardian.com/world/2021/jul/18/revealed-leak-uncovers-global-abuse-of-cyber-surveillance-weapon-nso-group-pegasus
3 https://www.hrw.org/news/2022/01/26/human-rights-watch-among-pegasus-spyware-targets
4 https://apnews.com/article/technology-europe-spain-spyware-9ec1d9ad4a32db1b6002841df612606b

Politiker:innen und Journalist:innen systematisch überwacht[5]. In Polen kam „Pegasus“ gegen fast 600 Personen zum Einsatz, darunter Oppositionelle und Jurist:innen[6]. Diese Vorfälle stehen exemplarisch dafür, wie schnell der Einsatz solcher Überwachungstechnologien demokratische Strukturen untergräbt.

Sehr geehrte Abgeordnete, wir appellieren an Ihr freies Mandat und bitten Sie, Ihrer Verantwortung für Demokratie, Sicherheit und Freiheit gerecht zu werden. Lehnen Sie den vorliegenden Entwurf zur Legalisierung eines Bundestrojaners im österreichischen Parlament ab. Ersparen Sie Österreich diesen historischen Fehler und äußern Sie sich öffentlich zu den Gefahren dieser Überwachungsart.

Hochachtungsvoll,

epicenter.works – Plattform Grundrechtspolitik
Österreichisches Netzwerk Zivilgesellschaft (ÖNZ)
Greenpeace Österreich
GLOBAL 2000
Katholische Aktion Österreich
Volkshilfe Österreich
Aufstehn.at
Verband Freier Rundfunk Österreich
PCs für Alle
Initiative für Netzfreiheit
Forum Informationsfreiheit
betrifft.demokratie
Chaos Computer Club Wien (C3W)
Attac Österreich
Freischreiber:innen Österreich

Amnesty International (Weltweit)
Privacy International (Weltweit)
International Press Institute (IPI) (Weltweit)
Reporters Freedom and Safety (IRFS) (Weltweit)
Electronic Frontier Foundation (Weltweit)
Access Now (Weltweit)
European Digital Rights (EDRi) (Europa)
Noyb - European Center for Digital Rights (Europa)
Civil Liberties Union for Europe (Liberties) (Europa)
Center for Democracy and Technology Europe (CDT) (Europa)
European Center for Not-for-Profit Law (ECNL) (Europa)
European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) (Europa)

Hermes Center (Italien)
Osservatorio Balcani Caucaso Transeuropa (Italien)
Electronic Frontier Norway (Norwegen)
Homo Digitalis (Griechenland)
SHARE Foundation (Serbien)
Ukrainian Institute for Regional Media and Information (IRMI) (Ukraine)
Bits of Freedom (Niederlande)
Vrijschrift.org (Niederlande)
Statewatch (United Kingdom)
Media Diversity Institute (MDI) (United Kingdom)
Aspiration Tech (USA)
Alternatif Bilisim (Türkei)

Chaos Computer Club e.V. (Deutschland)
Blueprint for Free Speech (Deutschland)
Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V. (DVD) (Deutschland)
Digitalcourage (Deutschland)
Verein zur Förderung queeren Lebens e.V. (Deutschland)
Digitale Gesellschaft (Deutschland)
Digitale Gesellschaft (Schweiz)
IT-Pol Denmark (Dänemark)
Association of European Journalists (Belgien)
Politiscope (Kroatien)
Danes je nov dan (Slovenien)
Državljan D / Citizen D (Slovenien)

5 https://www.politico.eu/article/greek-spyware-predatorgate-government-court-report-telephone/
6 https://www.euractiv.com/section/politics/news/polish-anti-corruption-chief-resigns-amid-pegasus-scandal/